



HESSEN



Bericht aus Brüssel

15/2024 vom 26.07.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	11
Energie.....	11
Digital.....	12
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	14
Soziales.....	15
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	15
Umwelt.....	16
Landwirtschaft.....	17
Justiz.....	18
Inneres.....	19
Bildung und Kultur.....	22
Vorschau.....	22

EP; Wiederwahl Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin

Das EP bestätigte am 18.07.2024 Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin. Auf von der Leyen entfielen 401 Ja-Stimmen, 284 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen oder ungültigen Stimmen. Zuvor hatte sie Politischen Leitlinien für ihre zweite Amtszeit vorgelegt sowie eine Bewerbungsrede im Plenum des EP gehalten. Die Wahl erfolgte geheim. Von der Leyen stützte sich auf eine informelle Koalition („Plattform“) aus EVP, S&D und Renew. Da jedoch einige Abgeordnete aus dem eigenen Lager bekundet hatten, nicht für von der Leyen zu stimmen, waren wohl auch Stimmen der Grünen für die klare Mehrheit verantwortlich.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240710IPR22812/parlament-wahl-ursula-von-der-leyen-erneut-zur-kommissionsprasidentin>

Kommission; Politische Leitlinien von der Leyen

Am Morgen ihrer Wiederwahl zur Kommissionspräsidentin am 18.07.2024 legte Ursula von der Leyen unter dem Titel „Europa hat die Wahl“ ihre Politischen Leitlinien für die kommende Legislaturperiode vor. Übergreifender Schwerpunkt soll demnach die Stärkung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sein. Ein neuer „Clean Industrial Deal“ soll die europäische Industrie dabei unterstützen, ihre Emissionen zu reduzieren. Weiterhin sollen über einen „Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit“ Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Biotechnologien gefördert werden. Der Aufbau einer „Verteidigungsunion“, die Ernennung eines Kommissars für Verteidigung und die Verdreifachung des Personals der europäischen Grenzschutzagentur Frontex gehören zu den sicherheitspolitischen Prioritäten. Neu ist auch die geplante Ernennung eines Kommissionsmitglieds mit der expliziten Zuständigkeit für Wohnraum. Zudem sprach sich von der Leyen u.a. für die Vollendung der Kapitalmarktunion und nachdrücklichen Bürokratieabbau quer durch alle Politikfelder aus.

https://commission.europa.eu/document/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; „Ukraine-Compact“, NATO-Gipfel

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident Charles Michael und die Staats- und Regierungschefs aus 24 Staaten, darunter DEU, haben am 11.07.2024 beim NATO-Gipfel in Washington den „Ukraine-Compact“ in einer gemeinsamen Erklärung angekündigt. Dieser Sicherheitsrahmen soll dazu dienen, die kollektiven Bemühungen zu koordinieren und zu beschleunigen, um Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine zu verteidigen. Die Ukraine soll gleichzeitig ihren Weg hin zu einer künftigen Mitgliedschaft in der EU und der NATO fortsetzen. Der „Ukraine-Compact“ umfasst u.a. die Unterstützung der unmittelbaren Verteidigungs- und Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine auch durch die fortgesetzte Bereitstellung von modernem militärischen Gerät und die Unterstützung der Rüstungsindustrie sowie notwendige wirtschaftliche Unterstützung und Bemühungen um den Aufbau künftiger ukrainischer Streitkräfte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_3753

Kommission; Erste reguläre Zahlung aus der Ukraine-Fazilität

Am 17.07.2024 gab die Kommission eine positive Bewertung für die erste reguläre Zahlung in Höhe von annähernd 4,2 Mrd. EUR im Rahmen der Ukraine-Fazilität ab. Nach Annahme des entsprechenden Beschlusses durch den Rat erhöht sich der Gesamtbetrag der Auszahlungen an die Ukraine seit Schaffung der Fazilität damit auf 12 Mrd. EUR. Die Zahlung knüpft an die bisherige Brücken- und Vorfinanzierung an. Die Kommission ist nach Prüfung des Zahlungsantrags der Ukraine vom 09.07.2024 zu dem Ergebnis gelangt, dass die Reformindikatoren zufriedenstellend erfüllt sind. Diese Reformen beziehen sich auf Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Führung der staatseigenen Unternehmen, Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie Energie und Minenräumung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_3861

Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Am 18.07.2024 trafen sich 43 Staats- und Regierungschefs aus ganz Europa im Blenheim Palace (GBR) zur vierten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG). Das Format war im Jahr 2022 auf maßgebliche Initiative des französischen Präsidenten Macron geschaffen worden, um den politischen Dialog und die Koordinierung jenseits der EU zu fördern sowie Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent zu stärken. Neben 24 EU-Mitgliedstaaten und GBR nahm u.a. die Ukraine teil. Thematisch fokussierte sich das Treffen auf die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine, Energie und Konnektivität, Sicherheit und Demokratie sowie Migration. Am Rande des Treffens trafen der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, der britische Premier Starmer, Präsident Macron, Bundeskanzler Scholz, der rumänische Präsident Iohannis und der polnische Ministerpräsident Tusk mit der moldauischen Präsidentin Maia Sandu zusammen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2024/07/18/>

Rat; Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“

Im Rahmen der Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ am 22.07.2024 informierte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba zunächst über die jüngsten Entwicklungen vor Ort und über den dringendsten Bedarf der Ukraine, v.a. mit Blick auf Luftabwehrsysteme und Energieinfrastruktur. Viele Ministerinnen und Minister verurteilten dabei die jüngsten Raketenangriffe Russlands auf Zivilisten – so auch das Kinderkrankenhaus in Kiew – scharf. Anschließend befasste sich der Rat mit der militärischen Unterstützung der EU für die Ukraine sowie mit dem weiteren Vorgehen im Anschluss an den jüngsten Friedensgipfel in der Schweiz. Der Rat führte weiterhin einen informellen Austausch mit der Präsidentin der Europäischen Investitionsbank, Nadia Calviño, und wurde von den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Olof Skoog, und für den Nahost-Friedensprozess, Sven Koopmans, über die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten unterrichtet. Schließlich billigte der Rat Schlussfolgerungen zur Aufnahme eines Dialogs über die Visaliberalisierung mit Armenien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/07/22/>

Rat; Verlängerung der Sanktionen gegen Russland

Am 22.07.2024 beschloss der Rat, die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31.01.2025 zu verlängern. Die ursprünglich 2014 verhängten Sanktionen sind mit Beginn des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine drastisch verschärft worden. Sie umfassen ein breites Spektrum sektoraler Maßnahmen, darunter Beschränkungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Technologie und Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Industrie, Verkehr und Luxusgüter, ein Verbot der Einfuhr oder Weiterleitung von Rohöl auf dem Seeweg, den Ausschluss mehrerer

russischer Banken vom SWIFT-System und die Aussetzung der Sendetätigkeiten und Rundfunklizenzen mehrerer vom Kreml unterstützter Desinformationsquellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/07/22/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-council-renews-economic-sanctions-for-a-further-6-months/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des EP vom 16. - 19.07.2024

Das EP hat sich am 16.07.2024 in Straßburg nach den Europawahlen vom 06. - 09.06.2024 für die zehnte Legislaturperiode konstituiert. In seiner zehnten Legislaturperiode wird das EP über 720 Sitze verfügen, 15 mehr als am Ende der vorherigen Legislaturperiode. DEU hat wie bisher 96 Sitze. Darunter sind sechs hessische MdEP:

- Prof. Dr. Sven Simon, CDU (EVP) - Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitze, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET)
- Michael Gahler, CDU (EVP) – Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten AFET, stellvertretendes Mitglied des Entwicklungsausschusses (DEVE) und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Dr. Udo Bullmann, SPD (S&D) - Mitglied des Entwicklungsausschusses (DEVE) und des Ausschusses für internationalen Handel (INTA)
- Engin Eroglu, Freie Wähler (Renew) - Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)
- Martin Häusling, Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) – Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ENVI
- Christine Anderson, AfD (ESN) Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und des Unterausschusses für öffentliche Gesundheit (SANT) sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Zu Beginn der zehnten Wahlperiode gibt es acht Fraktionen, eine mehr als in der vorherigen Legislaturperiode. 32 MdEP sind weiterhin fraktionslos. Nachfolgend sind die Fraktionen sind nach Größe geordnet aufgeführt:

- | | |
|----------------------------------------|-----------|
| • EVP | 199 Sitze |
| • S&D | 136 Sitze |
| • PfE – Patrioten für Europa | 84 Sitze |
| • ECR | 78 Sitze |
| • Renew | 77 Sitze |
| • Grüne | 53 Sitze |
| • Linke | 46 Sitze |
| • ESN – Europa der souveränen Nationen | 25 Sitze |

Die MdEP haben am 16.07.2024 Roberta Metsola (EVP/MTL) als Präsidentin des EP bis 2027 wiedergewählt. Roberta Metsola gewann die Wahl im ersten Wahlgang, in dem sie eine absolute Mehrheit von 562 der 699 abgegebenen Stimmen in geheimer Abstimmung erhielt. Damit wird Metsola das EP in den ersten zweieinhalb Jahren der zehnten Legislaturperiode weiter führen.

Ebenfalls am 16.07.2024 wurden die 14 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten und am 17.07.2024 die fünf Quästorinnen und Quästoren bestimmt. Folgende MdEP wurden zu Vizepräsidenten gewählt:

- Sabine Verheyen (EVP/DEU)
- Ewa Kopacz (EVP/POL)
- Esteban González Pons (EVP/ESP)
- Katarina Barley (S&D/DEU)
- Pina Picierno (S&D/ITL)
- Victor Negrescu (S&D/ROM)
- Martin Hojsík (Renew/SLK)
- Christel Schaldemose (S&D/DNK)
- Javi López (S&D/ESP)
- Sophie Wilmès (Renew/BEL)
- Nicolae Ștefănuță (Grüne/ROM)
- Roberts Zīle (ECR/LET)
- Antonella Sberna (ECR/ITL)
- Younous Omarjee (Linke/FRA)

Folgende MdEP wurden zu Quästoren gewählt:

- Andrej Kovatchev (EVP/BUL)
- Marc Angel (S&D/LUX)
- Miriam Lexmann (EVP/SLK)
- Fabienne Keller (Renew/FRA)
- Kosma Złotowski (ECR/POL)

Die Quästoren sind mit der Bearbeitung der Verwaltungs- und Finanzaufgaben betraut, die die MdEP direkt betreffen. Die Quästoren bilden zusammen mit Präsidentin und Vizepräsidenten das Präsidium des Parlaments.

Die 20 ständigen Ausschüsse und vier Unterausschüsse des EP sind am 23.07.2024 zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammengekommen, um ihre Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen:

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Vorsitz: David McAllister (EVP/DEU)

1. stellvertretende Vorsitzende: Hana Jalloul (S&D/ESP)
2. stellvertretender Vorsitzender: Urmas Paet (Renew/EST)
3. stellvertretender Vorsitzender: Alberico Gambino (ECR/ITL)
4. stellvertretender Vorsitzender: Ioan-Rareș Bogdan (EVP/ROM)

Unterausschuss „Menschenrechte

Vorsitz: Mounir Satouri (Grüne/FRA)

1. stellvertretende Vorsitzende: Marta Temido (S&D/PTL)
2. stellvertretende Vorsitzende: Łukasz Kohut (EVP/POL)
3. stellvertretender Vorsitzender: wird auf einer der nächsten Sitzungen gewählt
4. stellvertretender Vorsitzender: wird in einer der nächsten Sitzungen gewählt

Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

Vorsitz: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (Renew/DEU)

1. stellvertretende Vorsitzende: Christophe Gomart (EVP/FRA)
2. stellvertretender Vorsitzender: Mihai Tudose (S&D/ROM)
3. stellvertretender Vorsitzender: Alberico Gambino (ECR/ITL)
4. stellvertretender Vorsitzender: Riho Terras (EVP/EST)

Ausschuss für Entwicklung

Vorsitz: Barry Andrews (Renew/IRL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Isabella Lövin (Grüne/SWE)
2. stellvertretende Vorsitzende: Hildegard Bentele (EVP/DEU)
3. stellvertretender Vorsitzender: Abir Al-Sahlani (Renew/SWE)
4. stellvertretender Vorsitzender: Robert Biedroń (S&D/POL)

Ausschuss für internationalen Handel

Vorsitz: Bernd Lange (S&D, DE)

1. stellvertretende Vorsitzende: Manon Aubry (Linke/FRA)
2. stellvertretender Vorsitzender: Iuliu Winkler (EVP/ROM)
3. stellvertretende Vorsitzende: Karin Karlsbro (Renew/SWE)
4. stellvertretende Vorsitzende: Kathleen Van Brempt (S&D/BEL)

Ausschuss für Haushaltsfragen

Vorsitz: Johan Van Overtveldt (ECR/BEL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Monika Hohlmeier (EVP/DEU)
2. stellvertretender Vorsitzender: Giuseppe Lupo (S&D/ITL)
3. stellvertretender Vorsitzender: Janusz Lewandowski (EVP/POL)
4. stellvertretende Vorsitzende: Lucia Yar (Renew/SLK)

Ausschuss für Haushaltskontrolle

Vorsitz: Niclas Herbst (EVP/DEU)

1. stellvertretende Vorsitzende: Caterina Chinnici (EVP/ITL)
2. stellvertretender Vorsitzender: Cristian Terheş (ECR/ROM)
3. stellvertretender Vorsitzender: Claudiu Manda (S&D/ROM)
4. stellvertretender Vorsitzender: wird auf einer der nächsten Sitzungen gewählt

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Vorsitz: Aurore Lalucq (S&D/FRA)

1. stellvertretender Vorsitzender: Damian Boeselager (Grüne/DEU)
2. stellvertretender Vorsitzender: Ludovit Odor (Renew/SLK)
3. stellvertretender Vorsitzender: Ludek Niedermayer (EVP/CZR)
4. stellvertretender Vorsitzender: wird auf einer der nächsten Sitzungen gewählt

Unterausschuss für Steuerangelegenheiten

Vorsitz: Pasquale Tridico (Linke/ITL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Kira Marie Peter-Hansen (Grüne/DNK)
2. stellvertretende Vorsitzende: Regina Doherty (EVP/IRL)
3. stellvertretender Vorsitzender: Markus Ferber (EVP/DEU)
4. stellvertretender Vorsitzender: Matthias Ecke (S&D/DEU)

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Vorsitz: Li Andersson (Linke/FIN)

1. stellvertretender Vorsitzender: Johan Danielsson (S&D/SWE)
2. stellvertretende Vorsitzende: Jagna Marczułajtis-Walczak (EVP/POL)

3. stellvertretende Vorsitzende: Katrin Langensiepen (Grüne/DEU)
4. stellvertretende Vorsitzende: wird auf einer der nächsten Sitzungen gewählt

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

Vorsitz: Antonio Decaro (S&D/ITL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Esther Herranz García (EVP/ESP)
2. stellvertretende Vorsitzende: Pietro Fiocchi (ECR/ITL)
3. stellvertretende Vorsitzende: Anja Hazekamp (Linke/NDL)
4. stellvertretender Vorsitzender: András Tivadar Kulja (EVP/HUN)

Unterausschuss für öffentliche Gesundheit

Vorsitz: Adam Jarubas (EVP/POL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Tilly Metz (Grüne/LUX)
2. stellvertretende Vorsitzende: Stine Bosse (Renew/DNK)
3. stellvertretende Vorsitzende: Romana Jerković (S&D/KRO)
4. stellvertretender Vorsitzender: Emmanouil Fragkos (ECR/GRI)

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Vorsitz: Borys Budka (EVP/POL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Tsvetelina Penkova (S&D/BUL)
2. stellvertretende Vorsitzende: Elena Donazzan (ECR/ITL)
3. stellvertretender Vorsitzender: Giorgio Gori (S&D/ITL)
4. stellvertretender Vorsitzender: Yvan Verougstraete (Renew/BEL)

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Vorsitz: Anna Cavazzini (Grüne/DEU)

1. stellvertretender Vorsitzender: Christian Doleschal (EVP/DEU)
2. stellvertretender Vorsitzender: Nikola Minchev (Renew/BUL)
3. stellvertretende Vorsitzende: Maria Grapini (S&D/ROM)
4. stellvertretende Vorsitzende: Kamila Gasiuk-Pihowicz (EVP/POL)

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Vorsitz: Elissavet Vozemberg-Vrionidi (EVP/GRI)

1. stellvertretender Vorsitzender: Virginijus Sinkevičius (Grüne/LIT)
2. stellvertretende Vorsitzende: Sophia Kircher (EVP/AUT)
3. stellvertretende Vorsitzende: Elena Kountoura (Linke/GRI)
4. stellvertretender Vorsitzender: Matteo Ricci (S&D/ITL)

Ausschuss für regionale Entwicklung

Vorsitz: Adrian-Dragoș Benea (S&D/ROM)

1. stellvertretende Vorsitzende: Gabriella Gerzsenyi (EVP/HUN)
2. stellvertretende Vorsitzende: Nora Mebarek (S&D/FRA)
3. stellvertretender Vorsitzender: Francesco Ventola (ECR/ITL)
4. stellvertretender Vorsitzender: Ľubica Karvašová (Renew/SLK)

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Vorsitz: Veronika Vrecionová (ECR/CZR)

1. stellvertretende Vorsitzende: Daniel Buda (EVP/ROM)
2. stellvertretender Vorsitzender: Norbert Lins (EVP/DEU)
3. stellvertretender Vorsitzender: Eric Sargiacomo (S&D/FRA)
4. stellvertretender Vorsitzender: wird auf einer der nächsten Sitzungen gewählt

Ausschuss für Fischerei

Vorsitz: Carmen Crespo Díaz (EVP/ESP)

1. stellvertretender Vorsitzender: Sander Smit (EVP/NDL)
2. stellvertretender Vorsitzender: Giuseppe Milazzo (ECR/ITL)
3. stellvertretende Vorsitzende: Stéphanie Yon-Courtin (Renew/FRA)
4. stellvertretende Vorsitzende: Jessica Polfjärd (EVP/SWE)

Ausschuss für Kultur und Bildung

Vorsitz: Nela Riehl (Grüne/DEU)

1. stellvertretende Vorsitzende: Bogdan Andrzej Zdrojewski (EVP/POL)
2. stellvertretende Vorsitzende: Emma Rafowicz (S&D/FRA)
3. stellvertretende Vorsitzende: Diana Riba I Giner (Grüne/ESP)
4. stellvertretender Vorsitzender: Hristo Petrov (Renew/BUL)

Ausschuss für Rechtsangelegenheiten

Vorsitz: Ilhan Kyuchyuk (Renew/BUL)

1. stellvertretende Vorsitzende: Marion Walsmann (EVP/DEU)
2. stellvertretender Vorsitzender: Mario Mantovani (ECR/ITL)
3. stellvertretende Vorsitzende: Lara Wolters (S&D/NDL)
4. stellvertretender Vorsitzender: Emil Radev (EVP/BUL)

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Vorsitz: Javier Zarzalejos (EVP/ESP)

1. stellvertretende Vorsitzende: Marina Kaljurand (S&D/EST)
2. stellvertretender Vorsitzender: Charlie Weimers (ECR/SWE)
3. stellvertretender Vorsitzender: Alessandro Zan (S&D/ITL)
4. stellvertretende Vorsitzende: Estrella Galán (Linke/ESP)

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Vorsitz: Sven Simon (EVP, DEU)

1. stellvertretende Vorsitzende: Gabriele Bischoff (S&D/DEU)
2. stellvertretender Vorsitzender: Adrián Vázquez Lázara (EVP/ESP)
3. stellvertretender Vorsitzender: Charles Goerens (Renew/LUX)
4. stellvertretender Vorsitzender: Péter Magyar (EVP/HUN)

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Vorsitz: Lina Gálvez (S&D/ESP)

1. stellvertretender Vorsitzender: Dainius Žalimas (Renew/LIT)
2. stellvertretende Vorsitzende: Irene Montero (Linke/ESP)
3. stellvertretende Vorsitzende: Rosa Estaràs Ferragut (EVP/ESP)
4. stellvertretender Vorsitzender: Predrag Fred Matić (S&D/KRO)

Ausschuss für Petitionen

Vorsitz: Bogdan Rzońca (ECR/POL)

1. stellvertretender Vorsitzender: Dolors Montserrat (EVP/ESP)
2. stellvertretender Vorsitzender: Fredis Beleris (EVP/GRI)
3. stellvertretender Vorsitzender: Nils Ušakovs (S&D/LET)
4. stellvertretende Vorsitzende: Cristina Guarda (Grüne/ITL)

Kommission; Genehmigung französischer und niederländischer Beihilfemaßnahmen für Air France

Die Kommission genehmigte am 10.07.2024 die Beihilfe von NDL und FRA an die Air France-KLM Group. Sie waren 2020 von der Kommission im Rahmen der befristeten staatlichen Beihilfen im Zusammenhang mit COVID-19 genehmigt worden, jedoch Anfang des Jahres vom Gericht für unzulässig erklärt worden. Nach eingehender Prüfung der Konformität der 10,4 Mrd. EUR an Unterstützungsmaßnahmen mit den EU-Beihilfevorschriften hat die Kommission ihre ursprüngliche Entscheidung bestätigt und die Beihilfen gebilligt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3704

Kommission; Halbzeitbewertung des Raumfahrtprogramms

Am 10.07.2024 hat die Kommission ihre Halbzeitbewertung des EU-Raumfahrtprogramms 2021 - 2027 veröffentlicht, wonach sich das Programm als gut funktionierend erwiesen hat. Der Übergang der im Rahmen des vorherigen Mehrjährigen Finanzrahmens bereitgestellten Dienste Galileo, EGNOS und Copernicus war nahtlos. Laut Halbzeitbewertung fördern sie innovative Dienste, werden den Bedürfnissen der Nutzer gerecht und gewährleisten gleichzeitig die europäische Wettbewerbsfähigkeit und unterstützen ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten. Außerdem wurden neue oder zusätzliche Dienste installiert. Insgesamt sind die Teilkomponenten größtenteils erfolgreich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13948-Mid-term-evaluation-of-the-Space-Programme_en

Kommission; Verpflichtungszusagen von Apple bezüglich der „tap and go“-Funktion akzeptiert

Die Kommission hat am 11.07.2024 Verpflichtungszusagen Apples zur Bereitstellung von Nahfeldkommunikation („NFC“) an andere Anbieter akzeptiert und sie nach EU-Kartellvorschriften für rechtlich bindend erklärt. Das Unternehmen verpflichtet sich dazu, Wettbewerbern Zugang zu NFC bzw. „tap and go“ Funktionen zu gewähren, welche über das firmeneigene Betriebssystem iOS laufen. Diese Technologie steckt hinter der so genannten Apple Pay Funktion und ist bislang nur für Apple zugänglich. Mit den Verpflichtungszusagen werden die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission ausgeräumt.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/AT.40452>

EIB-Gruppe übertrifft eigenes Investitionsziel für Kohäsionspolitik in Europa

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe), welche die Europäische Investitionsbank (EIB) und den Europäischen Investitionsfonds umfasst, übertrifft 2023 ihr Investitionsziel für Kohäsionspolitik. Die Investitionen zielen darauf ab, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu fördern. Die EIB-Gruppe sagte 2023 Investitionen in Höhe von 36,2 Mrd. EUR für Projekte in Kohäsionsregionen zu, was nahezu der Hälfte ihrer Investitionen und Kreditvergabe in dem Jahr entspricht. Die EIB alleine vergab 29,8 Mrd. EUR an Projekte in Kohäsionsregionen, was 45,1% der gesamten europäischen Investitionszusagen für das Jahr entspricht und damit ihr selbstgestecktes Ziel von 42% übertraf. Der dritte Jahresbericht der EIB-Gruppe hebt die positiven Effekte der Investitionen hervor und gibt Verbesserungsvorschläge, z.B. mehr soziale Investitionen und bessere Vernetzung der Regionen.

<https://www.eib.org/de/press/all/2024-281-eib-group-cohesion-finance-reaches-record-high-bringing-opportunity-where-talent-is>

Kommission; Genehmigung der Änderung der deutschen Beihilferegelung für den Ausbau von Gigabit Netzwerken

Am 23.07.2024 hat die Kommission Änderungen an der deutschen Beihilferegelung zur Förderung des Ausbaus von Gigabit (Breitbandleitlinien) Netzwerken in DEU genehmigt. Durch diese Änderungen läuft die Beihilfe bis 31.12.2028 statt wie ursprünglich genehmigt nur bis Ende 2025. Die Kommission kam zu dem Schluss, die geplante Änderung würde Anreize für den fortschreitenden Ausbau von Gigabitnetzen schaffen, sie sei notwendig um Marktversagen in den ausbaubedürftigen Gebieten zu verhindern, und auch angemessen, da der vorgelegte Ansatz sicherstelle, dass Privatinvestoren durch die Beihilfe nicht am Ausbau gehindert würden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_3942

V e r k e h r

Kommission; Rekordförderung für EU-Verkehrsinfrastruktur

Am 17.07.2024 veröffentlichte die Kommission ihre Auswahl an EU-Infrastruktur-Projekten, welche sie mit insgesamt 7 Mrd. EUR fördern wird. Die Finanzhilfen kommen aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) – Verkehr, dem EU-Programm für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Insgesamt wurden 134 Projekte ausgewählt. Davon gehören neun deutsche Projekte und zehn länderübergreifende EU-Projekte mit Beteiligung Deutschlands. Diese Projekte werden mit 479 Mio. EUR bezuschusst. Ziel ist, Projekte zu fördern, welche das Erreichen der EU Klimaziele unterstützen. 83% der Fördergelder unterstützen den Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes, unter anderem Eisenbahnprojekte, Binnenwasserstraßen und Seewege.

https://cinea.ec.europa.eu/document/download/ce7b409a-595c-48ce-92ed-3e71b4ef971e_en?filename=List%20of%20selected%20projects_FINAL.pdf

E n e r g i e

EU und Serbien unterzeichnen strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen, Batterie-Wertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen

Die EU und die Republik Serbien haben am 19.07.2024 eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der eine strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen, Batteriewertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen begründet wird. Konkret geht es um den Abbau und die Verwertung von Lithium. Ziel ist die Förderung der Entwicklung neuer lokaler Industrien und hochwertiger Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette für Elektrofahrzeuge unter voller Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards. Gleichzeitig sollen Anliegen der lokalen Gemeinschaften vollumfänglich berücksichtigt werden. Darüber hinaus bietet die Partnerschaft eine Plattform für öffentliche und private Stakeholder, u.a. EU-Organe und -Einrichtungen, Industrieakteure und Vertreter der Zivilgesellschaft.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/6fe0e605-9299-45c3-b846-2efb85585251_en?filename=EU-RS%20Memorandum%20of%20Understanding_final_no_signatures.pdf

Kommission; Beihilfeprüfung; Atomkraftbeihilfe BEL; AKWs

Die Kommission hat am 23.07.2024 eine eingehende beihilferechtliche Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die staatliche Unterstützung, die BEL für die Laufzeitverlängerung von zwei Kernreaktoren (AKW Doel 4 und AKW Tihange 3) gewähren will, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht. Die belgische Regierung hatte zuvor die Kommission informiert, die Laufzeit der beiden AKW um zehn Jahre verlängern zu wollen. Die Reaktoren stehen im gemeinsamen Eigentum der Unternehmen Electrabel und Luminus. Die Maßnahme zielt laut der belgischen Regierung darauf ab, die Stromversorgungssicherheit in BEL und auch seinen Nachbarländern zu gewährleisten. Sie ergänzt den bestehenden belgischen Kapazitätsmechanismus, der sicherstellen soll, dass ausreichende Kapazitäten für die Stromerzeugung vorhanden sind und die Stromerzeugung der erwarteten Nachfrage entspricht. Die Kommission hat Zweifel an der Vereinbarkeit an dem von BEL vorgesehenen Maßnahmenbündel mit den EU-Beihilfavorschriften. Daher hat die Kommission beschlossen, ein eingehendes Prüfverfahren einzuleiten, das sich u.a. auf folgende Aspekte der geplanten belgischen Beihilfe konzentrieren wird: die Erforderlichkeit der zusätzlichen finanziellen Unterstützungsmechanismen, v.a. die Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens und dessen Finanzierung sowie die Garantie zur Gewährleistung des operativen Cashflows und das Darlehen in Höhe von 580 Mio. EUR – zusätzlich zum Differenzvertrag und die Einhaltung der einschlägigen sektorspezifischen EU-Rechtsvorschriften, insbesondere was die Ausgestaltung des Differenzvertrags betrifft und die Auswirkungen der Maßnahme auf den Markt angesichts der Ausgestaltung des Differenzvertrags sowie der Auswahl und Unabhängigkeit des Verkäufers des Atomstroms. Mit der Einleitung des eingehenden Prüfverfahrens erhalten BEL und weitere Beteiligte Gelegenheit zur Stellungnahme.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3901

Digital

EuGH; Bytedance Ltd. ist „Torwächter“ im Sinne des DMA

Der EuGH hat am 17.07.2024 in der Rechtssache T-1077/23 geurteilt, dass die Einstufung des chinesischen Unternehmens Bytedance als Torwächter rechtmäßig ist. Per Beschluss vom 05.09.2023 hatte die Kommission das Unternehmen Bytedance, das die Plattform TikTok bereitstellt, als Torwächter im Sinne von Art. 3 des Gesetzes über digitale Märkte (DMA) benannt. Art. 3 DMA besagt u.a., dass ein Torwächter „erhebliche Auswirkungen auf den Binnenmarkt hat“ und zudem „eine gefestigte und dauerhafte Position besitzt“. Bytedance hatte gegen die Benennung vor dem EuGH geklagt, u.a. mit der Begründung, dass es keinen erheblichen Einfluss auf den Binnenmarkt habe und keine dauerhafte oder gefestigte Position auf dem europäischen Markt besitze. Der EuGH wies die Klage u.a. aufgrund des exponentiellen Wachstums von TikTok, dessen starker Verbreitung und der langen Verweildauer Jugendlicher ab.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-07/cp240114de.pdf>

Kommission; G7-Erklärung zur Wissenschaftskooperation; Gipfel

Am 11.07.2024 veröffentlichten die G7-Staaten nach ihrem Gipfel im italienischen Bologna und Forlì gemeinsam mit der Kommission eine Erklärung, in der die zentrale Rolle von Wissenschaft, Technologie, Innovation und Hochschulbildung bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft betont wird. Die G7-Staaten (Kanada, FRA, DEU, ITL, Japan, GBR und USA) und Kommissarin Iliana Ivanova hoben das Engagement zur Unterstützung des ukrainischen Forschungssystems, die Notwendigkeit eines kohärenten Konzepts für verantwortungsvolle Künstliche Intelligenz (KI) in der Wissenschaft und das Thema Sicherheit in der Forschung hervor. Kommissarin Ilianova betonte: "Um unsere aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, müssen wir eine stärkere Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Ländern fördern. Dieses Treffen hat unser gemeinsames Engagement zur Förderung des Fortschritts in Forschung und Innovation im Einklang mit den Grundsätzen der Offenheit, Sicherheit, Freiheit und Integrität bekräftigt." Auf dem Gipfel wurde auch die Relevanz der offenen Wissenschaft und der gerechten Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse betont. Zudem wurde die Notwendigkeit unterstrichen, Fortschritte bei neuen und aufkommenden Technologien, einschließlich KI, Quantentechnologie und Biotechnologie, zu fördern. Eine eigene Sitzung des Gipfeltreffens befasste sich mit der Zusammenarbeit mit Afrika im Bereich Forschung und Innovation. Im Anschluss an das Ministertreffen eröffnete Kommissarin Ivanova die G7-Konferenz über die Gesundheit des Mittelmeers und des Atlantiks und zur Resilienz der Küstengebiete, die gemeinsam von der G7-Präsidentschaft und der Kommission mit der Innovationsmission "Restore our Ocean and Waters" organisiert wurde.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/g7-agree-strengthen-open-and-safe-international-science-cooperation-2024-07-11_en

Kommission; Horizont Europa; Partnerschaft zu Brain Health

Am 17.07.2024 hat die Kommission eine Konsultation zu einer neu geplanten Partnerschaft im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa gestartet. Für die Partnerschaft Brain Health zu verschiedenen Aspekten rund um das Thema Hirngesundheit soll alsbald die strategische Forschungs- und Innovationsagenda festgelegt werden. Die Partnerschaft baut auf früheren und aktuellen transnationalen europäischen Initiativen auf, wie etwa dem Netzwerk für die europäische Förderung der neurowissenschaftlichen Forschung (ERA-NET NEURON), dem Gemeinsamen Programm der EU für die Erforschung neurodegenerativer Krankheiten und dem Vorzeigeprojekt für künftige und neu entstehende Technologien (FET), dem Human Brain Project. In jüngster Zeit wurde auch die Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahme (CSA) "European Brain Research Area" (EBRA) von der EU als erster Schritt zur Schaffung von Synergien zwischen diesen europäischen Initiativen zusammen mit dem European Brain Council (EBC) unterstützt. Die Partnerschaft soll nach Finalisierung der Forschungsagenda Förderausschreibungen für Innovationsprojekte veröffentlichen. Die Konsultation, an der sich v.a. Forschende beteiligen können, wird bis zum 14.08.2024 geöffnet sein.

<https://www.brainhealth-partnership.eu/wp-content/uploads/sria-brainhealth.pdf>

Finanzdienstleistungen

Kommission

Am 24.07.2024 erließ die Kommission einen delegierten Rechtsakt, mit dem die Anwendung eines Teils der Basel-III-Standards in der EU - die grundlegende Überarbeitung des Handelsbuchs (Fundamental Review of the Trading Book, FRTB) – um ein Jahr auf den 01.01.2026 verschoben werden soll. Die FRTB zielt darauf ab, die Eigenkapitalanforderungen stärker an den tatsächlichen Risiken auszurichten, denen die Banken bei ihren Aktivitäten auf den Kapitalmärkten ausgesetzt sind. Die Kommission begründet diesen Schritt mit der Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen. Ursprünglich sollten alle Basel-III-Standards zum 01.01.2025 eingeführt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/hy/ip_24_3981

Finanzen

Rat; Eurogruppe und ECOFIN-Rat

Am 16.07.2024 fand eine Tagung des ECOFIN-Rates statt. Zunächst stellte die HUN Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm im Bereich Wirtschaft und Finanzen vor, das einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU legt. Weiterhin befasste sich der ECOFIN-Rat mit dem Stand der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und nahm neben den aktualisierten Plänen von GRI, CYP, POL und FIN auch den geänderten Aufbau- und Resilienzplan Deutschlands einschließlich des darin enthaltenen REPowerEU-Kapitels an. Im Rahmen des Europäischen Semesters billigte der Rat darüber hinaus länderspezifische Empfehlungen der Mitgliedstaaten, nahm Schlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen 2024 im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht an und führte einen Gedankenaustausch über die Vorschläge der Kommission zur Einleitung von Defizitverfahren. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand u.a. die weitere Unterstützung der Ukraine und die Konvergenzberichte von Kommission und EZB. Am Vortag hatte die Eurogruppe u.a. die Haushaltsslage im Euro-Währungsgebiet und die haushaltspolitischen Leitlinien für 2025 erörtert sowie im inklusiven Format einen Austausch mit Enrico Letta zu dessen Binnenmarktbericht geführt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/07/16/>

Rat; Standpunkt zum EU-Haushaltsplan 2025

Am 17.07.2024 einigte sich der Rat auf seinen Standpunkt zum Entwurf des EU-Haushaltsplans für das Jahr 2025. Darin sieht er 191,53 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen vor – deutlich weniger als die von der Kommission vorgeschlagenen 199,7 Mrd. EUR. Aus Sicht des Rates komme es v.a. darauf an, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Zudem müsse der Haushaltsplan 2025 realistisch sein, im Einklang mit den tatsächlichen Bedarfen stehen und für den Fall unvorhergesehener Umstände genügend Spielräume innerhalb der Obergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens lassen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12082-2024-INIT/en/pdf>

EZB; Keine Veränderung der Leitzinsen

In seiner geldpolitischen Sitzung am 18.07.2024 beschloss der EZB-Rat, die drei Leitzinsen unverändert zu lassen. Damit bleibt der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,25% und die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie die Einlagefazilität bei 4,50% bzw. 3,75%. Der EZB-Rat zeigte sich entschlossen, für eine

zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen Ziel von 2% zu sorgen. Er werde die Leitzinsen so lange wie erforderlich ausreichend restriktiv halten, um dieses Ziel zu erreichen. Im Juni hatte die EZB die Zinswende eingeleitet.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2024/html/ecb.mp240718~b9e0ddd9d5.de.html>

S o z i a l e s

Rat; Tagung des EPSCO-Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik)

Auf ihrer Tagung am 16.07.2024 führten die Ministerinnen und Minister des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) in Zusammenhang mit dem Europäischen Semester zunächst eine Orientierungsaussprache über den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel in der EU. Weiterhin billigte der Rat insbesondere die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten. Zudem führte der Rat eine Orientierungsaussprache über die Rolle, die die Wiedereingliederung von Personen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt auf EU- und nationaler Ebene für soziale Inklusion spielt, und betonten dabei u.a. die Wichtigkeit, bewährte Verfahren untereinander auszutauschen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2024/07/16/>

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

EuG; Zugang zu Verträgen über die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen

Am 17.07.2024 urteilte das Gericht der EU (EuG) in den Rechtssachen T-689/21 Auken u. a. / Kommission und T-761/21 Courtois u. a. / Kommission, dass die Kommission der Öffentlichkeit keinen hinreichend umfassenden Zugang zu den Verträgen über den Kauf von Impfstoffen gegen Covid-19 gewährt habe. Dies betreffe besonders die Entschädigungsbestimmungen sowie die Erklärungen über das Nichtvorliegen von Interessenkonflikten vonseiten der Mitglieder des Verhandlungsteams für den Kauf der Impfstoffe. Damit gab der EuG den Nichtigkeitsklagen von Europaabgeordneten und Privatpersonen gegen die Kommission teilweise statt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-07/cp240113de.pdf>

Kommission; Annahme neuer Leitlinien für EU-Fahrgastrechte

Die Kommission hat am 22.07.2024 überarbeitete Leitlinien zur Auslegung und Anwendung der EU-Fluggastrechte angenommen. Damit reagiert die Kommission auf die gemeinsamen Anliegen der nationalen Durchsetzungsstellen, der Fluggäste und ihrer Verbände sowie der Vertreter der Industrie und greift die Urteile des EuGH auf. Mit Hilfe der Leitlinien sollen relevante Vorschriften besser eingehalten und die Durchsetzung durch die nationalen Stellen aneinander angeglichen werden. Zusätzlich wurde ein neuer Abschnitt über massive Reiseunterbrechungen hinzugefügt und die Leitlinien zu den Rechten von Flugreisenden mit Behinderungen und mit eingeschränkter Mobilität überarbeitet. Zuvor hat die Kommission Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage zu Fahrgastrechten veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass Reisende in allen Verkehrsmitteln regelmäßig Verspätungen und Unterbrechungen erleben. Die Ergebnisse für DEU zeigen, dass 56% der Teilnehmer noch keine Kenntnis über Informationen zu Fahrgastrechten erlangt haben.

https://transport.ec.europa.eu/document/download/0047faba-de5a-4c47-8d70-98d7f39d4d39_en?filename=C_2024_5056_1_EN_ACT_part1_v4.pdf

Rat; Informelle Tagung des EPSCO-Rates

Bei ihrem informellen Treffen am 24./25.07.2024 führten die EU-Gesundheitsministerinnen und -minister einen Meinungs austausch über europäische Maßnahmen zur Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auf der Tagesordnung stand weiterhin die Umsetzung des Europäischen Raums für Gesundheitsdaten – einer der Eckpfeiler der europäischen Gesundheitsunion – sowie die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Transplantation.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2024/07/24-25/>

U m w e l t

Rat; Umwelt; Informelle Tagung; Klimaneutralität;

Am 11./12.07.2024 kamen auf Einladung der ungarischen Ratspräsidentschaft die Ministerinnen und Minister für Umwelt zu einer informellen Tagung in Budapest zusammen. Die Ratsdelegationen erörterten klima- und umweltbezogene Themen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Kreislaufwirtschaft, die Finanzierung des grünen Wandels, die Vorbereitungen für die bevorstehende 29. Klimakonferenz der Vereinten Nationen, anpassungsfähiges Wassermanagement sowie grenzüberschreitende Fragen der Wasser- und Luftverschmutzung. Im Hinblick auf die bevorstehende 29. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP) bekräftigte der Vorsitz im Anschluss an die Ratssitzung, die EU sei weiterhin entschlossen, die im Pariser Abkommen (COP 21) festgelegten Ziele zu verwirklichen. Dafür solle der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 43% gesenkt und bis 2050 Klimaneutralität erreicht werden. Mit Blick auf Fragen zum Wassermanagement resümierte der Ratsvorsitz, dass quantitative und qualitative Veränderungen der Wasserreserven nicht nur eine Anpassung, sondern auch die Vermeidung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verschmutzung erforderten. Diesbezüglich seien Zusammenarbeit auf EU-Ebene sowie strengere und wirksamere Rechtsvorschriften nötig, um Herausforderungen langfristig zu bewältigen. Um wiederum die Folgen der Luftverschmutzung zu mildern, solle auch hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden, indem Verschmutzungsquellen identifiziert, Emissionen gesenkt und Informationen ausgetauscht werden.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/successful-informal-meeting-of-environment-ministers-in-budapest/>

Kommission; Konsultation; Emissionshandel;

Am 19.07.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Klima) eine öffentliche Konsultation zum Thema Emissionshandelssystem der EU (ETS) EU geöffnet. Mit der überarbeiteten Richtlinie über das ETS wird ein neues Emissionshandelssystem (EHS2) für Emissionen aus in Gebäuden, im Straßenverkehr und in anderen Sektoren verbrannten Brennstoffen eingeführt. Außerdem können die Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet den Anwendungsbereich dieses neuen Systems mit Zustimmung der Kommission auf weitere Sektoren ausweiten. Mit diesen Beschlüssen der Kommission werden die Anträge auf solche Ausweitungen bewertet und die Vergabe zusätzlicher ETS-Zertifikate genehmigt. Zu der Thematik hat die Kommission den Entwurf eines delegierten Beschlusses vorgelegt. Rückmeldungen an die Kommission sind bis zum 19.08.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14160-Emissionshandelssystem-EHS2-Zustimmung-zur-Ausweitung-und-entsprechende-zusätzliche-Zertifikate_de

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation; Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Am 08.07.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Landwirtschaft) eine öffentliche Konsultation zum Thema Landwirtschaftliche Gesamtrechnung in der EU geöffnet. Rückmeldungen möchte die Kommission zu einem Verordnungsentwurf (COM 2024 (255)) einholen, der Überarbeitungen zum Gesamtrechnungsverfahren vorschlägt. Die Konsultation wird bis zum 23.08.2024 geöffnet sein. Ziel des Vorschlages ist die Vereinfachung und Entbürokratisierung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14325-Landwirtschaftliche-Gesamtrechnung-in-der-EU-Kodifizierung_de

Kommission; Soforthilfe für Landwirte in AUT, CZR, POL und PTL

Die Kommission hat am 09.07.2024 vorgeschlagen, rund 77 Mio. EUR aus der EU-Agrarreserve der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu mobilisieren, um Landwirte im Obst-, Gemüse- und Weinsektor in AUT, CZR und POL zu unterstützen, die in letzter Zeit unter widrigen Wetterereignissen beispiellosen Ausmaßes gelitten hätten, sowie portugiesische Weinerzeuger zu unterstützen, die mit schwerwiegenden Marktstörungen konfrontiert seien. Die Vorschläge der Kommission, die ratsseitig bereits gebilligt wurden, sehen 10 Mio. EUR für AUT, 15 Mio. EUR für CZR, 37 Mio. EUR für POL und 15 Mio. EUR für PTL vor. Diese Länder können 200% dieser EU-Unterstützung mit nationalen Mitteln aufstocken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_3685

Rat für Landwirtschaft; Zukunft der GAP; Austausch über aktuelle Dossiers

Am 15.07.2024 fand unter ungarischem Vorsitz ein regulärer Rat für Landwirtschaft und Fischerei statt, der sich v.a. dem Thema Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) widmete. Der ungarische Vorsitz resümierte im Anschluss an die Aussprache der Mitgliedstaaten, eine auf die Landwirte ausgerichtete Agrarpolitik gehöre zu den Prioritäten Ungarns. Die Interessen der Landwirte sollten in den Mittelpunkt der EU-Politikgestaltung gestellt werden. Die Zukunft der Landwirtschaft solle wettbewerbsfähig, krisensicher, nachhaltig, „bauernfreundlich“ und wissensbasiert sein. Die meisten wortnehmenden Delegationen unterstützten ein Positionspapier aus AUT, in dem die Kommission aufgefordert wird, sich für faire Einkommen der Landwirte einzusetzen. Der Ratsvorsitz erklärte, er wolle ein Gleichgewicht zwischen den strategischen Zielen des Green Deals, der Stabilisierung der Agrarmärkte und einem angemessenen Lebensstandard für Landwirte sicherstellen. Die Delegationen sprachen auch über Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raums, wobei ein Fokus auf dem Generationenwandel lag. Zudem führte der Rat eine politische Aussprache über die jüngsten Entwicklungen im Agrar- und Lebensmittelhandel. Dabei wurde hervorgehoben, dass sich der EU-Agrarlebensmittelhandel weiterhin positiv entwickle. Die Ratsdelegationen hoben in einer weiteren Diskussionsrunde die Notwendigkeit und Bedeutung einer angemessenen und verlässlichen Information der Verbraucher hervor. Es wurden verschiedene Arbeitsprioritäten genannt, darunter Bemühungen um die Eindämmung des Klimawandels durch die GAP nach 2027. Einige Delegationen forderten eine "umfassende Bestandsaufnahme" des Green Deals und seiner Auswirkungen auf die

Landwirtschaft sowie auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft zugeschnittene Kriterien unter Berücksichtigung ihrer wichtigen Rolle bei der Gewährleistung der Ernährungssicherheit.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agriculture-and-fisheries-council-in-brussels-the-first-formal-council-meeting-under-the-hungarian-presidency/?etrans=de>

Kommission; Konsultation; Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben

Am 17.07.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Landwirtschaft) eine öffentliche Konsultation lanciert. Hintergrund ist: In der Verordnung (EU) 2018/1091 über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben sind die Variablen aufgeführt und beschrieben, die von EU-Mitgliedstaaten für die Berichterstattung über integrierte EU-Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 2026 zu erheben sind. Durch die Konsultation werden Rückmeldungen zur Beschreibung der Kernvariablen, der Modulvariablen und der jeweiligen Themen und Einzelthemen eingeholt, die von den Mitgliedstaaten zu erheben sind. Hierzu hat die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung vorgelegt. Die Konsultation ist bis zum 14.08.2024 geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13673-EU-Statistiken-zu-landwirtschaftlichen-Betrieben-Liste-der-Variablen-und-ihre-Beschreibung-fur-das-Bezugsjahr-2026_de

Kommission; Einrichtung der Beobachtungsstelle für die Lebensmittelkette

Am 17.07.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Landwirtschaft) bekannt gegeben, dass die neue EU-Beobachtungsstelle (Agri-Food Chain Observatory, AFCO) für die Lebensmittelkette ihre Arbeit aufgenommen hat. Ziel ist es, ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Versorgungskette zu erlangen und für mehr Transparenz bei den Preisen, den Kostenstrukturen und der Verteilung der Margen und des Mehrwerts zu sorgen, wobei Regeln der Vertraulichkeit und des Wettbewerbs eingehalten werden. Die Einrichtung dieser Beobachtungsstelle wurde erstmals im März 2024 als eine der Maßnahmen angekündigt, mit denen die Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette gestärkt und somit auf Demonstrationen der Branche reagiert werden soll. Der für Landwirtschaft zuständige Kommissar Janusz Wojciechowski eröffnete die erste Sitzung der Beobachtungsstelle und erläuterte die Ziele der Arbeiten. In der Sitzung wurde eine erste Bestandsaufnahme der verfügbaren Daten über Preise, Kosten und Wertschöpfung vorgestellt und die Mitglieder führten einen ersten Meinungsaustausch über die Situation der Lebensmittelversorgungskette in der EU. Zu den Mitgliedern der AFCO gehören Vertreter der nationalen Behörden der Mitgliedstaaten und 48 Interessenverbände, die in der Lebensmittelversorgungskette tätig sind. Diese reichen von Landwirten über Lieferanten von Betriebsmitteln, die Lebensmittelindustrie, den Handel, den Transport, die Logistik, den Einzelhandel und die Verbraucher. Das EP, der AdR und der EWSA haben Beobachterstatus.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_24_3842

J u s t i z

Rat: Informelles Treffen der Justizminister in Budapest

Am 22./23.07.2024 kamen in Budapest die Innen- und Justizminister der EU zu einem informellen Treffen auf Einladung der ungarischen Ratspräsidentschaft zusammen. Auf der Tagesordnung der Justizminister standen als Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft die Themen rechtliche Wettbewerbsfähigkeit der EU,

Digitalisierung im Justizbereich sowie Regulierung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI), daneben ein erster Gedankenaustausch über die künftigen Prioritäten der justiziellen Zusammenarbeit und über politische Leitlinien für die neue Kommission.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-22-237/?etrans=de>

Kommission; Fünfter Rechtsstaatlichkeitsbericht (2024): EU besser für Herausforderungen der Rechtsstaatlichkeit gerüstet

Die Kommission hat am 24.07.2024 ihren fünften jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht. Dieser enthält erstmals Kapitel zu den Erweiterungsländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Rechtsstaatlichkeit stellt einen der zentralen Punkte der Agenda der amtierenden Kommission dar. Seit 2020 werden jährlich die Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten systematisch und objektiv untersucht. Der Bericht deckt vier Themenbereiche ab: nationale Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Freiheit und Pluralismus der Medien sowie sonstige institutionelle Fragen der Gewaltenteilung. Justizkommissar Didier Reynders betonte, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, sei eine dauerhafte Aufgabe für Mitgliedstaaten und Erweiterungsländer. Vizepräsidentin Věra Jourová sagte, dass noch mehr getan werden müsse, um die Unabhängigkeit der Justiz zu verbessern, Korruption wirksam zu bekämpfen und für mehr Sicherheit von Journalisten sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu sorgen. Im Vergleich zum ersten Bericht von 2020 sind Mitgliedstaaten und EU viel besser darauf vorbereitet, neue Herausforderungen zu erkennen und zu bewältigen. Dies fördere die Resilienz der europäischen Demokratien und das Vertrauen in die EU, trage zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts bei und schaffe günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum voranzubringen. Zwei Drittel der Empfehlungen aus dem Jahr 2023 wurden vollständig oder teilweise umgesetzt. U.a. konnte das Art. 7-Verfahren gegen POL eingestellt werden. In einigen Mitgliedstaaten bestünden jedoch weiter systematische Bedenken, und die Lage habe sich weiter verschlechtert. Kritisiert wird vor allem weiterhin die Lage in HUN. Für DEU hebt der Bericht positiv u.a. die Bemühungen zu einem besseren Schutz des Bundesverfassungsgerichts, Verbesserungen beim Lobbyregister und bei der Korruptionsbekämpfung sowie der Vermeidung des „Drehtür-Effekts“ zwischen öffentlichen und privaten Bereichen hervor. Kritisch gesehen werden u.a. das Verhältnis von Justizministerien zu Staatsanwälten, der trotz Schaffung von 340 Stellen für Richter und Staatsanwälte 2023/24, davon 100 in Hessen, der erhebliche weitere Stellenbedarf in der Justiz und die zu geringe Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in DEU mit den im Vergleich zu den Durchschnittsgehältern weiterhin niedrigsten Einstiegsgehältern in der EU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3864

I n n e r e s

KOM; Neue Vorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels treten in Kraft

Am 14.07.2024 trat die überarbeitete Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels in Kraft. Die neuen Vorschriften sollen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden bessere Instrumente zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung neuer Formen der Ausbeutung – einschließlich jener über das Internet – an die Hand geben. Nach den neuen Vorschriften sollen etwa die Ausbeutung von

Leihmutterchaft, Zwangsheirat und illegaler Adoption im nationalen Recht als Menschenhandel eingestuft werden müssen. Die wissentliche Inanspruchnahme von Diensten, die von Opfern des Menschenhandels erbracht werden, soll zu einer Straftat werden. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 15.07.2026 Zeit, um die neuen Regeln in nationales Recht umzusetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_3762

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202401712&qid=1721897405599

KOM; Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens in Folge schwerer Waldbrände in BUL und Nordmazedonien

Als Reaktion auf Hilfsersuchen aus BUL und Nordmazedonien bei der Bekämpfung schwerer Waldbrände wurde das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert. Nordmazedonien erhält einen Hubschrauber aus Serbien, zwei Hubschrauber aus SLO, zwei Flugzeuge und einen Hubschrauber aus der Türkei sowie ein Flugzeug der rescEU-Löschflotte aus KRO. BUL erhält außerdem 2 Hubschrauber aus der CZR, einen davon aus der rescEU-Feuerwehrflotte.

https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-mobilises-aid-combat-wildfires-north-macedonia-and-bulgaria-2024-07-16_en

EDSA; Veröffentlichung von Stellungnahmen zur Rolle der Datenschutzbehörden im Rahmen der KI-Verordnung, zur EU-USA Datenschutzabkommens sowie zum neuen europäischen Datenschutzsiegel

Am 17.07.2024 veröffentlichte der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) mehrere Stellungnahmen zur Rolle der Datenschutzbehörden (DPAs) im Rahmen der KI-Verordnung, zum EU-USA Datenschutzabkommen sowie zum neuen europäischen Datenschutzsiegel. Zu Ersterem empfiehlt der EDSA, die Ernennung von DPAs als Marktüberwachungsbehörden für risikoreiche KI-Systeme in Bereichen wie Strafverfolgung, Grenzmanagement und Justiz, da sie bereits über die notwendigen Erfahrungen und das Fachwissen im Umgang mit den Auswirkungen von KI auf Grundrechte, insbesondere das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten, verfügen würden. Zum EU-USA Datenschutzabkommen wurden FAQs für Einzelpersonen und Unternehmen zur Klarstellung der Anwendbarkeit der Regelungen veröffentlicht. Schließlich verabschiedete der EDSA eine Stellungnahme zur Genehmigung des EuroPriSe-Kriterienkatalogs für die Zertifizierung von Verarbeitungstätigkeiten durch Auftragsverarbeiter, die zu einem Europäischen Datenschutzsiegel führte.

https://www.edpb.europa.eu/news/news/2024/edpb-adopts-statement-dpas-role-ai-act-framework-eu-us-data-privacy-framework-faq_de

KOM; Überprüfung des EU-USA Datenschutzabkommens: Justizkommissar reist in die USA

Zur Überprüfung des EU-USA Datenschutzabkommens reiste Justizkommissar Didier Reynders am 19.07.2024 nach Washington. Die Kommission beabsichtigt, noch im Laufe dieses Jahres einen Bericht über das Funktionieren des EU-US-Datenschutzrahmens zu veröffentlichen. In ihrem Angemessenheitsbeschluss für den Datenschutzrahmen vom 10.07.2023 geht die Kommission davon aus, dass die Übermittlung personenbezogener Daten aus der EU an US-Unternehmen sicher ist und dem EU-Datenschutzniveau entspricht.

https://commission.europa.eu/news/joint-press-statement-commissioner-didier-reynders-and-us-secretary-commerce-gina-raimondo-first-2024-07-19_en

Rat; Aufhebung der Visumpflicht für Inhaber serbischer Reisepässe, die von der serbischen Koordinationsdirektion ausgestellt wurden

Der Rat hat am 22.07.2024 eine Verordnung angenommen, mit der Inhabern serbischer Reisepässe, die von der serbischen Koordinationsdirektion ausgestellt wurden, von der Visumpflicht befreit werden. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass für die gesamte Region des westlichen Balkans die gleiche Visumregelung gilt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/07/22/council-decides-to-remove-visa-requirement-for-holders-of-serbian-passports-issued-by-serbian-coordination-directorate/>

Rat; Informelles Treffen der EU-Innenminister in Budapest

Erstmalig unter ungarischem EU-Ratsvorsitz fand am 22.07.2024 in Budapest ein informelles Treffen der EU-Innenminister statt. Es standen drei Hauptthemen auf der Tagesordnung: Migration und Asyl, Organisierte Kriminalität sowie Interoperabilität von IT-Systemen zur Verbesserung der Grenzkontrollen. Im Zusammenhang mit dem Thema Asyl und Migration wurde betont, dass eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten notwendig sei. Bei dem Thema der organisierten Kriminalität diskutierten die Vertreter der Mitgliedstaaten die rechtlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Im Zusammenhang mit dem Thema der Interoperabilität von IT-Systemen zur Verbesserung von Grenzkontrollen wurden Zeitfenster für die Implementierung der entsprechenden Systeme besprochen. Bundesministerin Faeser nahm nicht an dem Treffen teil und ließ sich – ebenso wie siebzehn weitere EU-Innenminister – vertreten.

<https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-22-237/?etrans=de>

<https://newsroom.consilium.europa.eu/events/20240722-informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-july-2024>

Europol; Bericht zur Bedrohungslage im Bereich der organisierten Internetkriminalität veröffentlicht

Am 22.07.2024 veröffentlichte Europol den 10. Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Internetkriminalität. Der Bericht zeigt relevante Trends in Kriminalitätsbereichen wie Cyberangriffe, sexuelle Ausbeutung von Kindern sowie Online- und Zahlungsbetrug auf. Er gibt auch einen Ausblick auf das, was in naher Zukunft zu erwarten ist, insbesondere in Bezug auf neue Technologien, Zahlungssysteme, KI, Kryptowährungen und illegale Online-Inhalte.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/fragmented-and-multiplied-cybercriminal-landscape-warns-new-europol-report>

<https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/Internet%20Organised%20Crime%20Threat%20Assessment%20IOCTA%202024.pdf>

KOM; Dialog über Visaliberalisierung mit Armenien

Die Kommission leitete am 23.07.2024 mit Armenien einen Dialog über eine mögliche Liberalisierung der Visabestimmungen ein. Dies soll Armenien bei seinem langfristigen Ziel unterstützen, eine Regelung für visumfreies Reisen mit der EU zu erreichen. Der Dialog soll zu Reformen u.a. in folgenden Bereichen führen: Sicherheit von Reisedokumenten, Grenzmanagement, Migration und Asyl sowie öffentlicher Ordnung.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-startet-dialog-uber-visaliberalisierung-mit-armenien-2024-07-23_de

Bildung und Kultur

KOM; Benennungsverfahren für die europäische Jury der Kulturhauptstadt Europas

Die Kommission (Generaldirektion Bildung und Kultur) hat am 08.07.2024 einen Aufruf gestartet, um Expertinnen und Experten aus dem Kulturbereich zu gewinnen, die sich für die Vorbereitung und Auswahl der Kulturhauptstädte Europas einbringen können. Die Aktion Kulturhauptstadt Europas wird aus dem Kulturförderprogramm Kreatives Europa (Creative Europe) finanziert. Eine Registrierung für den Expertenpool ist ab sofort auf der u.g. Online-Plattform der Kommission möglich. In einem nächsten Schritt werden im Verfahren vom Rat im Herbst 2024 drei Mitgliedstaaten ausgelost, die jeweils eine Expertin bzw. einen Experten aus diesem von der Kommission geführten Expertenpool auswählen und als neues Jury-Mitglied empfehlen dürfen. Die abschließende Benennung der neuen Jury-Mitglieder erfolgt ebenfalls durch den Rat. Bewerberinnen und Bewerber können ihre Interessenbekundung online bei der Generaldirektion Bildung und Kultur einreichen. Rat und Kommission können auf den Expertenpool zugreifen und die Rekrutierung läuft ab sofort bis Ende September 2027. <https://culture.ec.europa.eu/calls/call-for-expressions-of-interest-to-establish-a-pool-of-experts-to-the-panel-for-the-european-capital-of-culture-action-0>.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

Die nächste Sitzung des Europäischen Rates findet am 17./18.10.2024 statt.

Rat

Die nächste Sitzung einer Ratsformation findet am 23.09.2024 statt.

Europäische Kommission

04.09.2024 Mitteilung zum e-commerce

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments findet vom 16. bis 19.09.2024 statt.

Ausschuss der Regionen

Die nächste Sitzung des AdR findet am 24.09.2024 statt.

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 29.07.-06.09.2024:

29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-112/22 CU und C-223/22 ND (Sozialhilfeleistung – Mittelbare Diskriminierung) – Voraussetzungen für den Bezug des Mindesteinkommens in ITL
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-119/23 Valančius – Nationales Auswahlverfahren für EuG-Richterposten (LIT)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-202/24 Alchaster – Auslieferungen an GBR nach dem Brexit (IRL)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-771/22 HDI Global und C-45/23 MS Amlin Insurance – Schutz von Pauschalreisenden bei Insolvenz des Reiseveranstalters (AUT/BEL)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-774/22 FTI Touristik (Auslandsbezug) – Gerichtliche Zuständigkeit für Klage gegen inländischen Reise (DEU)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-591/21 P Ryanair und Laudamotion / Kommission – Covid-19-Beihilfen aus AUT zugunsten von Austrian Airlines
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-436/22 ASCEL – Schutz von Wölfen in ESP
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-623/22 Belgian Association of Tax Lawyers u. a. – Meldepflicht bei potenziell aggressiven grenzüberschreitenden Steuerplanungsgestaltungen (BEL)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-14/23 Perle – Visum für Studienzwecke (BEL)
29.07.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-298/22 Banco BPN/BIC Português u.a. – Informationsaustausch zwischen Wettbewerbern (PTL)
03.09.2024	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-611/22 P Illumina /

Kommission und C-625/22 P Grail / Kommission und Illumina – Übernahme von GRAIL durch Illumina

- 05.09.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-109/23 Jemerak – Verbot der Rechtsberatung in Russland ansässiger Unternehmen (DEU)
- 05.09.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-603/22 M.S. u. a. (Verfahrensrechte von Minderjährigen) – Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder Beschuldigte in Strafverfahren sind (POL)
- 05.09.2024 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-498/22, C-499/22 und C-500/22 Novo Banco u. a. – Abwicklung der portugiesischen Banco Espírito Santo – Auswirkungen auf Kunden in ESP
- 05.09.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-233/23 Alphabet u. a. – Fehlende Kompatibilität von Apps – Missbrauch einer beherrschenden Stellung (ITL)
- 05.09.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-47/23 Kommission / DEU (Verschlechterung magerer Mähwiesen) – Schutz blütenreicher Wiesen in Natura-2000-Gebieten (DEU)
- 05.09.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-203/22 Dun & Bradstreet Austria – Auskunftsanspruch bei automationsunterstützter Bonitätsbeurteilung (AUT)
- 05.09.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-416/23 AUT Datenschutzbehörde (Exzessive Anfragen) – Exzessive Datenschutzbeschwerden (AUT)
- 05.09.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-217/23 Laghman – Asyl wegen drohender Blutrache? (AUT)
- 05.09.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-367/22 P Air Canada / C-369/22 P Air France / C-370/22 P Air France-KLM / C-375/22 P LATAM Airlines Group und Lan Cargo / C-378/22 P British Airways / C-379/22 P Singapore Airlines und Singapore Airlines Cargo / C-380/22 P DEU Lufthansa u. a. / C-381/22 P Japan Airlines / C-382/22 P Cathay Pacific Airways / C-385/22 P Koninklijke Luchtvaart Maatschappij / C-386/22 P Martinair Holland / C-401/22 P Cargolux Airlines / C-403/22 P SAS Cargo Group u. a. / Kommission – Luftfrachtkartell

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 06.09.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA